

MEDIBÜRO

Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen

Zur Situation von »Menschen ohne Papiere« in der BRD

In Deutschland leben geschätzt 520.000 „Menschen ohne Papiere“, das heißt ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Sie sind Teil unserer Gesellschaft, leben aber in ständiger Angst, entdeckt zu werden. Ihre Migrationsgeschichten und die Gründe für ein Leben in der Illegalität sind sehr unterschiedlich. Totalitäre Gesellschaftssysteme, wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungerechtigkeit und Krieg treiben Menschen in die Flucht. Oft sind reichere Länder des globalen Nordens (un-)mittelbar an der Entstehung oder Aufrechterhaltung der Konflikte beteiligt. Die Nicht-Anerkennung dieser Fluchtgründe im deutschen Asylverfahren und das restriktive Zuwanderungsgesetz bedeuten für viele Migrant*innen, dass sie in die Illegalität gedrängt werden. Somit bleibt ihnen der Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung versperrt. Auch Migrant*innen aus jüngeren EU-Ländern wie Rumänien und Bulgarien haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, wenn sie – auch wenn sie legal in Deutschland leben – weder hier noch

im Herkunftsland krankenversichert sind. Darunter befinden sich auch viele Sinti und Roma, die in ihren Herkunftsländern häufig Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Die medizinische Versorgung Illegalisierter ist nicht strafbar. Sie haben ein Recht auf Gesundheitsversorgung nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), welches jedoch auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände beschränkt ist – ohne medizinische Regelversorgung. Zudem sind die Sozialämter als Kostenträger gesetzlich verpflichtet, Personendaten an die Ausländerbehörde weiterzuleiten. Somit besteht immer die Gefahr, vom Behandlungszimmer aus in Abschiebebegewahrsam zu landen.

Eine Ausnahme bilden Notfallbehandlungen: Krankenhausverwaltungen dürfen Patient*innen-Daten nicht an die Ausländerbehörde weitergeben, da sie unter ärztlicher Schweigepflicht erhoben wurden. Dieser Geheimnisschutz verlängert sich bei Notfallbehandlungen bis in die Sozialämter.

In mehreren Städten und Bundesländern entstanden in den letzten Jahren Pilotprojekte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Illegalisierten. Hier werden mit öffentlichen Geldern Beratung und begrenzte medizinische Leistungen auf Grundlage des AsylbLG ohne Datenübermittlung an die Ausländerbehörde angeboten. In Berlin entstand 2018 die „Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen“.

Wer wir sind

Das Netzwerk für das Recht auf Gesundheitsversorgung aller Migrant*innen - Medibüro Berlin (früher Büro für medizinische Flüchtlingshilfe) existiert seit 1996 als selbstorganisiertes und nichtstaatliches Projekt. Als antirassistische Initiative haben wir das Ziel, die Gesundheitsversorgung von Illegalisierten auf politischem und pragmatischem Wege zu verbessern. Da es vor allem politisch begründet ist, dass Illegalisierte aus dem regulären Gesundheitssystem ausgeschlossen sind, fordern wir politische Lösungen und versuchen durch Öffentlichkeitsarbeit ein stärkeres Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Alle im Kollektiv machen unentgeltlich mit.

Unsere Arbeit

Wie vermitteln Patient*innen an Ärzt*innen, Psycholog*innen, Hebammen und Krankengymnast*innen, die sich bereit erklärt haben, eine Behandlung anonym und kostenlos durchzuführen. Kosten für Medikamente, orthopädische Hilfsmittel, Brillen, labortechnische Untersuchungen u.a. finanzieren wir über Spendengelder. Bei schweren und chronischen Erkrankungen versuchen wir zusammen mit den behandelnden Ärzt*innen eine Lösung zu finden. Hierbei stoßen wir jedoch häufig an unsere Grenzen.

Seit 2018 gibt es in Berlin die „Clearingstelle für nicht krankenversicherte Menschen“ der Berliner Stadtmission. Sie ist ein staatlich gefördertes Projekt für die medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung und zur sozialrechtlichen Beratung, ob Möglichkeiten bestehen, doch Zugang zu einer regulären Krankenversicherung zu erhalten.

Das Medibüro hat nur begrenzte Spendengelder und Kapazitäten und wir sind der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung aller Menschen über staatliche statt ehrenamtliche Strukturen gewährleistet werden muss. Daher bitten wir alle Patient*innen zuerst zur Clearingstelle bei der Berliner Stadtmission zu gehen.

Migrant*innen, die bei der Clearingstelle der Stadtmission keine (ausreichende) Hilfe bekommen, können sich aber immer an uns wenden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle notwendigen medizinischen Leistungen von der Clearingstelle übernommen werden. Wenn das nicht gelingt, versuchen wir, die Behandlung über unser ehrenamtliches Netzwerk zu organisieren.

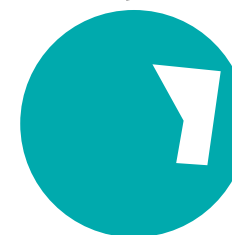
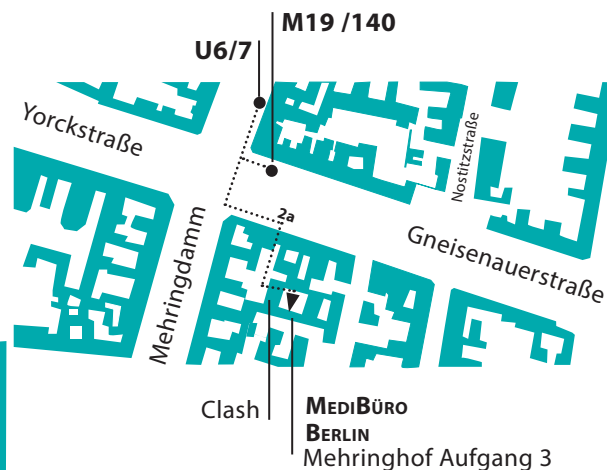
Unsere Ziele

Medizinische Versorgung muss unabhängig vom Aufenthaltsstatus sein. Dieser Anspruch gehört zu den Grundrechten eines jeden Menschen. In Deutschland aber ist das Recht auf Gesundheitsversorgung für Illegalisierte nur schwer durchzusetzen. Wir versuchen durch

unsere Arbeit die Lebensrealität von Illegalisierten in die öffentliche Wahrnehmung zu bringen und menschliche Notlagen zu mindern. Langfristiges politisches Ziel unserer Arbeit ist jedoch die Abschaffung von Sondergesetzen für Migrant*innen und Geflüchtete sowie die Eingliederung aller in die medizinische Regelversorgung.

Kontakt und Infos

Medibüro Berlin
Gneisenaustraße 2a
Mehringhof, Aufgang 3, 2. Stock
10961 Berlin-Kreuzberg
U-Bahnhof Mehringdamm U6/U7
Telefon: 0 30 / 6 94 67 46
E-Mail: info@medibuero.de
www.medibuero.de
Montag: 15.30-18.30 Uhr (aktuelle Infos zu Bürozeiten auf der Webseite)



DE